

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Die Ver-  
sendung außerhalb Deutschlands 12,50 M., für den Export 15,00 M. Unter Umständen  
besteht die Möglichkeit, den Preis für Deutschland und Österreich 10,- M., für  
Österreich 12,50 M., für den Export 15,00 M., zu zahlen. Die Expedition  
besteht in Berlin, Unter den Eichen 10, 1. Stockwerk, und in Wien, Mariahilfer  
Gasse 10, 1. Stockwerk. Verleger: Dr. Otto von Guericke, Berlin, Unter den Eichen 10, 1. Stockwerk.

Die abendliche Ausgabe erscheint ab dem 1. Januar 1921. Die abendliche  
Ausgabe enthält die Nachrichten der Tageszeitung. Der Preis beträgt für  
Berlin 10,- M., für den Export 15,00 M., für Österreich 12,50 M., für  
Österreich 10,- M., für den Export 15,00 M., zu zahlen. Die Expedition  
besteht in Berlin, Unter den Eichen 10, 1. Stockwerk, und in Wien, Mariahilfer  
Gasse 10, 1. Stockwerk. Verleger: Dr. Otto von Guericke, Berlin, Unter den Eichen 10, 1. Stockwerk.

# Die Welt

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Gegen das ungarische Bluturteil

Die besten Söhne der ungarischen Arbeiterschaft, die lang-  
jährigen Vorkämpfer der politischen und gewerkschaftlichen  
Organisationen sind mit dem Tode bedroht. Ihre Köpfe  
sollen unter dem Beil des Henkers fallen. Denn sie sind in  
der Stunde der höchsten Gefahr der Sache des Proletariats  
treu geblieben und haben ihr Leben eingesetzt, um den revo-  
lutionären Versuch zum erfolgreichen Ende zu führen.  
Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft soll mit dem Tode be-  
straft werden, weil sie der proletarischen Sache gebietet hat.  
So will es die Rachgier der magyarischen Weißgardisten  
und ihrer Regierung.

Das darf nicht geschehen.

Der Protest der Arbeiter aller Länder, der Protest der

ganzen Kulturwelt muß die entmenschte Regierung zur  
Menschlichkeit zurückzwingen.

Deshalb, arbeitendes Volk von Groß-Berlin, darf keiner  
von Euch fehlen! Gestaltet die Kundgebung gegen das  
ungarische Schredensregiment, die am  
Sonntag, den 2. Januar, mittags 12 Uhr im Lustgarten  
stattfindet, zu einer

### gewaltigen Protest-Demonstrationen

Ihr müßt die Pflicht der internationalen Solidarität er-  
füllen! Das bedrohte Leben unserer ungarischen Genossen  
muß gerettet werden. Deshalb auf zum Protest! Massen  
heraus!

## Wachsende Verelendung

### Der Gesundheitszustand der Arbeiterschaft

Der endlich erschienene Geschäftsbericht der all-  
gemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin für  
1919 fordert eine eingehende Betrachtung. Nicht nur, weil er  
zeigt, welche große Summen Geldes hier zusammenschleppen  
und für Krankenhilfe wieder aufgewandt wurden, sondern  
ganz besonders deshalb, weil wir durch ihn den Beweis ge-  
liefert erhalten, welche außerordentlich wichtiger Faktor die  
Krankenversicherung für die öffentliche Gesundheitspflege  
Berlins darstellt. Man war sich dessen Jahrzehnte hindurch  
überhaupt nicht bewußt, und es ist wirklich an der Zeit, daß  
sich auch die städtischen Behörden daran erinnern,  
wie nötig ein engeres Zusammenarbeiten mit  
den Trägern der Arbeiterversicherung und  
ganz besonders mit den Krankenkassen ist.

Die Kasse zählte am 1. Januar 1919 128 286 männliche  
und 264 395 weibliche Mitglieder und im Dezember 204 287  
Männer und 307 604 Frauen, so daß hier die durch das Zu-  
rückfluten der Heeresmassen erfolgte Veränderung des  
Arbeitsmarktes stark bemerkbar wird. Einen recht  
treffenden Beweis dafür, was es tatsächlich mit dem Gesche-  
hen der bürgerlichen Zeitungen über die anherordenliche Steige-  
rung der Löhne auf sich hat, liefern die Tafeln, die uns die  
Verteilung der Rassenmitglieder nach Lohnstufen zei-  
gen. Natürlich tritt auch hier die große Geldentwertung in  
die Erscheinung; aber wir erfahren, daß trotzdem  
die Zahl der beschäftigten Kinder bis 14  
Jahren, beiderlei Geschlechts, von Monat zu Monat  
eine so erhebliche Steigerung erfährt, daß diese in  
keinem Verhältnis zu der Zunahme der übrigen Altersklassen  
steht. Gegenüber 81 Jungen und 92 Mädchen, die im Januar  
gebildet wurden, sind im Dezember 3886 Jungen und 3894  
Mädchen gemeldet gewesen. Der Rückgang, den die meisten  
Lohnstufen zugunsten der höchsten Stufe mit einem Tages-  
verdienst von mehr als 9 Mark erfahren haben, ist zwar  
durch die eingetretene Lohnsteigerung entstanden, das Ge-  
samtbild ist aber derart, daß wir völlig verstehen, wenn im  
Bericht ausgeführt wird, daß von einer Minderung der  
Risiken für die Kasse nicht die Rede sein könne. Eben-  
wenig, „wie man von Kiesenlöhnen der Arbeiterschaft zu  
sprechen berechtigt ist, angesichts der Tatsache, daß in  
einer Zeit, in welcher für die notwendigsten  
Lebensmittel, wie Brot, Kartoffel und Ge-  
müse, von Fleisch gar nicht zu reden, märchen-  
hafte Preise gezahlt werden müssen, nicht  
nur 371 377 erwerbstätige Männer und  
Frauen einen geringeren Tagelohn wie  
9 Mark verdienen, sondern davon noch  
224 802 Personen im Höchstfall einen Tage-  
lohn von 5 Mark erreichen.“

Die Zahl der Hausgewerbetreibenden ist von  
28 147 auf 20 885 zurückgegangen. Der Bericht besagt, daß  
die Beiträge und Zuschüsse der Hausgewerbetreibenden nicht  
zur Deckung der Kosten, die sie verursachen, ausreichen.  
Wir sehen nicht ein, warum nicht bereits dafür gesorgt wurde,  
daß die Arbeitsgeberzuschüsse eine entsprechende Erhöhung er-  
fahren, damit sollte nicht noch länger gezögert werden.

Die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen  
Krankheitsfälle betrug im Berichtsjahre 1919 187 819  
gegen 220 073 im Vorjahre. Trotz dieser scheinbar gestiege-  
nen Zahl ist die Befastung der Kasse eine stärkere geworden,  
da die durchschnittliche Dauer jedes Krank-  
heitsfalles von 25,39 Tage im Jahre 1918 auf 31,83  
Tage gestiegen ist. Wie schon früher, bewahrheitet sich  
wieder, daß die Dauer der Erwerbsunfähigkeit abhängig ist  
von der Höhe des Lohnes, wir erfahren z. B., daß auf 90 030  
männliche Mitglieder der Lohnstufe X 9559 Krankheitsfälle  
mit einer Arbeitsunfähigkeit von 4 bis 13 Wochen ent-  
fallen, während auf die übrigen erkrankten 104 733 Männer  
überhaupt nur 6490 Fälle mit gleich langer Erwerbsunfähig-  
keit kommen. Bei den Frauen sehen wir bei

23526 Mitglieder der Lohnstufe I	1872 und
28030	X 9882

Erkrankungsfälle von einer Dauer zwischen 4 bis 13 Wochen.  
Der geringe Lohn gestattet dem Arbeiter nicht, auf  
seinen körperlichen Zustand Rücksicht zu nehmen, die Not  
treibt zur Arbeitsstelle. Ein Vorteil erwächst daraus weder  
dem Kranken noch der Kasse. Recht häufig würde eine  
Schonung von kurzer Dauer die Wiederherstellung des  
Kranken ermöglichen, während die Nichtachtung der Be-  
schwerden oft genug ein geringfügiges Leiden in eine  
chronische, nicht mehr heilbare Krankheit verwanbelt.

Die furchtbare Gefahr, welche uns durch das Umsichgreifen  
der Geschlechtskrankheiten droht, wird uns dadurch  
klar, daß bei der Kasse gemeldet waren: geschlechtskrank

Männer	1919	1918	Frauen	1919	1918
1460	= 0,78%	439 = 0,84%	9225	= 3,18%	6782 = 2,48%

Das sind Zahlen, die geradezu erschütternd genannt werden  
müssen, um so mehr, als damit nur diejenigen Fälle ergriffen  
wurden, die mit Arbeitsunfähigkeit verbunden waren. Es  
ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß die Ziffer derjenigen  
Rassenmitglieder, die geschlechtskrank ihrer täglichen Be-

## Was uns bevorsteht

W.L.S. Paris, 31. Dezember.

Ministerpräsident Poincaré hat gestern vormittag den eng-  
lischen Botschafter Lord Hardinge und den italienischen Bot-  
schafter Graf Bonin-Langare empfangen. Ferner hat der  
französische Ministerpräsident den deutschen Botschafter Dr.  
Ragor empfangen. Die Agence Havas bemerkt zu dieser Nach-  
richt: Es ist gestattet, anzunehmen, daß der Ministerpräsident den  
Botschafter auf Gefahren aufmerksam gemacht haben dürfte,  
die für Deutschland entstehen könnten, wenn es bei seiner Oppo-  
sition gegen den Vertrag von Versailles und gegen die Ab-  
machungen von Spaa beharren sollte. Der letzte Versuch der  
Reichsregierung, die Frage der Entwaffnung an die Verhand-  
lungen über die Wiedergutmachungen zu knüpfen, wird keinen  
Erfolg bei den Alliierten haben.

Paris, 31. Dezember.

Wie die Morgenblätter melden, wird Marshall Foch heute  
im Laufe des Nachmittags den Bericht über die Durchführung der  
Entwaffnung Deutschlands dem Ministerpräsidenten  
Poincaré übermitteln. Nach dem „Matin“ enthält der Bericht  
keine Schlussfolgerungen. Das Blatt schreibt übrigens im Rück-  
blick auf das Jahr 1920, Frankreich sei in der Entwaffnungsfrage  
mit England in völligem Einverständnis, ebenso  
mit Italien, das keine beweisbaren Formationen in Bayern  
sehen wolle, und auch die belgische Politik werde mit der  
französischen identisch sein. Man werde jetzt jedenfalls Deutsch-  
land den letzten Ausschub für die Entwaffnung der Einwohner-  
wehren geben. Man könne es auch, ohne Angelegenheiten zu  
schaffen, denn die in Spaa vorgesehene Zwangsmahnahmen wür-  
den in voller Kraft erhalten bleiben.

St. London, 31. Dezember.

„Evening Standard“ bemerkt im Zusammenhang mit der gestri-  
gen Kabinettsitzung über die deutsche Weigerung, die ausge-  
dehnten Selbstschutzzorganisationen in Bayern und Ostpreußen  
aufzulösen, daß, obwohl England im allgemeinen über die Art,  
in der Deutschland seine reguläre Armee aufgelöst habe,  
bedrückt sei, es mit Frankreich in dessen Widerstand gegen die  
„formidablen irregulären Streitkräfte“ einig wäre. Das Blatt  
schreibt: „Wenn die deutsche Regierung nicht sofort entscheidende  
Schritte tut, um diese Verpflichtungen bezüglich der Entwaffnung  
zu erfüllen, dann wird Frankreich ermächtigt werden, handelnd  
zu intervenieren. Das würde den sofortigen Aufmarsch des  
ganzen Heeres und die weitere Befehle bedeuten, um  
Deutschland völlig zu bestrafen, daß es seine Verpflichtungen nicht  
erfüllt hat.“

## Lebensmittelversorgung und Goldprämie

Die Erregung unter der Bergarbeiterschaft über  
die mißbräuchliche Verwendung der Fünfmilch-Goldprämie durch  
die Regierung ist im Steigen begriffen. Auf unsere eingehenden  
Darlegungen in Nr. 546, die schließlich den Beweis lieferten, daß  
die Goldprämien nicht, wie es bestimmungsgemäß geschehen  
müßte, für die Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter Ver-  
wendung finden, ist die Regierung die Antwort schuldig geblieben.  
Sie hat sich in Schwelgen gehüllt, obwohl gerade dieses Schweigen  
das Mißtrauen der Bergarbeiter steigert, ihre Unruhe  
fördernd und damit Gefahren für das Wirtschaftsleben herauf-  
beschwört.

Nachdem die Regierung erst den Versuch unternommen hat,  
irreführende Angaben über ihre Verhandlungen mit der Berg-  
arbeiterdeputation zu verbreiten, ist es an der Zeit, die tatz-  
sachen Bemerkungen aufzudecken, von denen die Regierung  
sich anscheinend vollkommener leitet. Sie stehen durchaus in

Einflang mit der allgemeinen Ernährungs- und Wirtschaftspolitik  
der Regierung, die nur von den agrarischen und großindustriellen  
Interessen bestimmt, die Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung  
achtlos beiseite schiebt.

Die Brotgetreideversorgung unserer Be-  
völkerung ist seit Monaten gefährdet. Die Abliefe-  
rung aus einheimischen Erzeugnissen ist so gewaltig zurückgegan-  
gen, daß nur durch die stärkste Einfuhr von Brotgetreide aus dem  
Auslande die jetzige Ration fortgewahrt werden kann. Anstatt  
die Agrarier mit allen zur Verfügung stehenden Nachmitteln  
zu zwingen, ihre Vorräte abzuliefern, damit sie für die menschliche  
Versorgung Verwendung finden können, und die teure Einfuhr  
möglichst überflüssig gemacht wird, begnügt sich die Regierung  
trotz aller schleichenden Verschönerungen, daß die Agrarier zur Ab-  
lieferung gezwungen werden sollen, mit launigen Ermahnun-  
gen und Bitten. Diese aber haben keinen Wert. Denn der  
systematische Ablieferungsstreik der Landwirte  
mit Brotgetreide erfolgt, weil erstens die Verfüllung von Brot-  
getreide an das Vieh infolge der hohen Vieh- und Fleischpreise  
außerordentlich lohnend ist, und zweitens weil die Landwirte  
durch die Zurückhaltung ihrer Vorräte zu erreichen hoffen, daß  
wie in früheren Jahren, so auch in diesem Jahr, hohe Abliefe-  
prämien den Preis des Getreides und damit ihre Gewinne  
erheblich steigern werden.

Diese Absichten der Agrarier werden durch die  
unzulässige Verwendung der Goldprämie we-  
sentlich erleichtert. Denn die Regierung verwendet die  
Goldprämien nicht zur Verbesserung der Ernährung der Berg-  
arbeiter, sondern benutzt sie, um erhebliche Mengen Brotgetreide  
zu den außerordentlich hohen Preisen im Auslande zu kaufen.  
Solange sie das tut, kommt sie um die Notwendigkeit herum, gegen  
die ablieferungsstreikenden Agrarier Zwangsmahnahmen anzu-  
wenden. Sie leistet also den Agrariern Liebesdienste unter  
Schädigung der Interessen der Bergarbeiter und der Gesamt-  
arbeiterschaft, verhindert die steigende Förderung an Kohle und  
belastet zugleich die Finanzen des Reichs.

Aber noch ein zweites Vortell erwächst aus dieser Hand-  
lungsweise den Agrariern. Ihr Streben geht nach der An-  
näherung der Inlandspreise für Brotgetreide an die Weltmarkt-  
preise, die das Mehrfache betragen. Diese ihre Absichten werden  
durch das Verhalten der Regierung ebenso gefördert wie durch  
die gewaltige Einfuhr und die große Belastung der Reichs-  
finanzen daraus die Gefahr der weiteren Erhöhung  
der Brotpreise erwächst.

Die gesamte Arbeiterschaft hat deshalb ein drin-  
gendes Interesse daran, daß die unzulässige Verwendung der Gold-  
prämien aufhört, und daß die Regierung gezwungen wird,  
um den Zusammenbruch der Brotgetreideversorgung zu verhinder-  
n, die Agrarier mit allen Mitteln zu zwingen, ihre Vorräte  
zu den jetzt geltenden Höchstpreisen abzuliefern.

Enteignungsgeheiß für Talsperrenbauten in Thüringen. Wie das  
thüringische Wirtschaftsministerium mitteilt, ist dort ein Gesetz  
in Vorbereitung, das die Enteignungsbestimmungen, die aus An-  
laß zu erbauernder großer Talsperren als notwendig erachtet wer-  
den, regelt. Zweck des Gesetzes ist, der Bodenpekulation,  
die sich immer dort besonders fest einnistet, wo große staatliche  
Unternehmungen im Werke sind, entgegenzutreten.

Auslandskredite für Oesterreich. In unterrichteten Kreisen  
glaubt man Anhaltspunkte dafür zu besitzen, das an Stelle eines  
großen Kavalitätskredits, den Oesterreich vom Auslande in Höhe von  
240 bis 300 Millionen Dollar erhoffte, nur ein vorläufiger Kol-  
lateralkredit von allerhöchstens 50 Millionen Dollar bewilligt wer-  
den wird. Diesen Kredit würden England und Frankreich allein  
geben.

Handelsbeziehungen zwischen Island und den baltischen Staa-  
ten. Wie „Manchester Guardian“ mitteilt, finden wichtige inter-  
nationale Besprechungen zwischen Handels- und Finanzgruppen  
Englands und des Auslandes über die Wiederaufnahme der han-  
delsbeziehungen mit den baltischen Staaten statt. Das Ergebnis  
dürfte nicht nur für die wirtschaftlichen, sondern auch für die poli-  
tischen Beziehungen sehr wichtig sein.

schäftigung nachgehen, weitaus größer ist. Die furchtbare Gefahr, die sich hier vor uns entrollt, wird noch dadurch vergrößert, daß sie alle Altersgruppen erfährt; sind doch sogar Kinder unter 14 Jahren nicht verschont geblieben.

Wochenhilfe wurde 6304 Wöchnerinnen — 375 115 Tage gewährt, während nur 850 Frauen — 23 182 Tage Schwangerschaftsunterstützung in Anspruch nahmen. Auch hier ist festzustellen, daß die Angehörigen der unteren Lohnstufen Anspruch auf Schwangerschaftsunterstützung erheben, wenn ihr Zustand jede Lohnarbeit unmöglich macht. Die Unterstützung ist hier viel zu gering, um der werdenden Mutter eine wirkliche Schonung zu ermöglichen. Es stehen 3967 Entbindungen in den Lohnstufen I bis V 337 Schwangerschaftsunterstützungen, d. h. 8,52 Prozent, gegenüber, während von 2337 Wöchnerinnen der Lohnstufen VI bis X 513 oder 21,95 Prozent bereits im Zustande der Schwangerschaft Unterstützungsansprüche stellten und hiervon sogar 202 der X. Lohnstufe angehörten. Das sind 29,15 Prozent der 693 Entbundenen dieser Stufe. Wir sehen daraus, wie dringend nötig eine Aenderung der Gesetzgebung ist, wenn ein tatsächlicher Schutz der werdenden Mutter erreicht werden soll.

Die Wirkung der Stillgebeier wird von der Kasse seit 1915 aufmerksam verfolgt, regelmäßig ein Jahr nach der Entbindung wird bei der Mutter durch Anfrage zu ermitteln versucht, ob und wie lange das Kind die Brust erhielt oder mit Ersatzmitteln (Flasche) ernährt wurde, ob es krank war usw.; dadurch erfahren wir, daß von 2958 brauchbar beantworteten Karten sich

2726 = 92,16%, auf Kinder, die mit Muttermilch gegen 88,33%, (1918)  
282 = 7,84% „ „ „ „ der Flasche

aufgezogen wurden, bezogen. Von den Brustkindern erkrankten: 945 = 34,67 Prozent gegen 38,94 Prozent (1918). Von den Flaschenkindern: 136 = 58,62 Prozent gegen 60,56 Prozent (1918). Auf 100 Brustkinder entfielen 7,58 Prozent Todesfälle gegen 9,04 Prozent (1918), 100 Flaschenkinder entfielen 21,58 Prozent Todesfälle gegen 38,33 Prozent (1918).

Wir sehen darin, wie in den Erkrankungsstatistiken einen neuen Beweis dafür, welche außerordentlich günstigen Einflüsse das Stillen auf die Neugeborenen ausübt und wie sehr dadurch ihre Lebensmöglichkeit ansteigt.

Aufenthaltsveränderungen zur Kur und zu Erholungszwecken wurden 4046 Personen = 129 279 Tage gewährt, das Emporschnellen der Preise für Bäder und Verpflegung ganz besonders in Kurorten und die hohen Fahrkosten machen es den Kassenmitgliedern immer unmöglicher, auch mit Zuschüssen der Kasse sich Badesuren zu leisten; es ist deshalb besonders zu begrüßen, daß die Krankenkasse nicht nur mit einer größeren Zahl von Heil- und Erholungszustätten vertragliche Abmachungen traf, um Kranke unterzubringen, sondern daß sie neuerdings wieder an bewerteten Kurorten geeignete Anstalten kaufte und in eigener Verwaltung führt.

Die Zahl der Betriebsunfälle ist von 8023 im Vorjahre auf 6552 zurückgegangen, offenbar wirkte bei dieser Besserung der Umstand mit, daß vielfach an Stelle unersahrener Hilfskräfte wieder erfahrene, mit den Betrieben und ihren Gefahren vertraute Arbeiter getreten sind.

Storbefälle gelangten 4958 zur Anzeige, und ist seit 1914 zum ersten Male ein Rückgang zu verzeichnen.

Der Bericht bringt noch eine Reihe interessanter Ausführungen über die Lungenerkrankheiten und die Gefängnisheime der Kasse, über das Diagnostische Institut, über sozialhygienische und sozialpolitische Tagungen und gewährt einen Einblick in die immer größer gewordenen Schwierigkeiten und die durch die fortgesetzte Preissteigerung außerordentlich angewachsenen Ausgaben. Wir erfahren, was eine gute und von sozialer Einsicht erfüllte Verwaltung zu leisten imstande ist, aber auch wie ungeheuer viel auf diesem Gebiete noch zu erfüllen ist und welche große Aufgaben die Krankenkassen noch zu lösen haben. Dem Bericht ist noch eine Krankheitsstatistik der Kasse in den Jahren 1915 bis 1918 beigelegt, die im Reichsgesundheitsamt bearbeitet wurde. Dieser Arbeit gebührt um so mehr Interesse, als sie die erste Krankheitsstatistik darstellt, die auf Grund von Schlüsseldiagnosen aufgebaut ist und einen Ueberblick ermöglicht, in welcher tief einschneidender Weise die langen Kriegsjahre den Aufbau einer Krankenkasse und noch mehr den Krankenstand beeinflussten. Es wird nötig sein, hierüber besonders zu berichten.

## An der Maschine

Skizze von Bela Koch

Marias gekrümmter junger Körper streckte sich über die Maschine, ihr schmaler Rücken richtete sich gerade auf, ihre knöchernen Schultern spannten sich, ihre ganze Gestalt schauerte und sie rastete stumm in dem Happernden, stöhrenden Geräusch.

Ringsum hielten alle Webmaschinen, junge Mädchen bückten sich zwischen den Hebeln und Nadeln, saßen auf kleinen Bänken, führten der Fäden gleitende Schlingen geschickt über die Rippen, die Arme der Maschine, die Arbeit lurrte, brummte, der Abend schallte perwas die arbeitenden Mädchen und die hastenden Maschinen zu einem Stüd. Eines erregten Schmelzofens Bild düsterte in der Dämmerung, von der eilenden, unruhlichen Bahn der Fäden flüchteten die Fasern, die Spinnst, der entzündenden Sonnenstrahlen Widerchein zerte langende, schmutzige Teppiche über die Mädchen, über die Maschinen.

Maria bestaunte ihre Gefährten, die sich drehenden Maschinen, des Abends hinterlistiges Herabfallen, die über den Maschinen schwebenden Staubfäden, doch ihr gaffendes Staunen hatte kein Ziel, keinen Gegenstand, keine Grenzen, ihr Bild flatterte wie ein träger Falter hierher und dorthin, sie rang bloß mit ihrer Müdigkeit, herzloser Schmerz beklemmte ihren Kopf, ihren Nacken, ihren Rücken, in den Höhlen ihres Gehirnes düstern schlafende Gedanken, blieb des gewaltig gestäubten Augenblicks treute sie sich.

Die Ketten der Webmaschine erklickten, die Nadeln, die sich drehenden eisernen Bestandteile dröhnten mit höllischem Lärm.

Maria schauerte aus der müßigen Rast auf, ihre gekrümmte Hand fuhr, gleich den übrigen Armen, auf Teilen der Maschine, zu den Hebeln hin, die stinkenden Strahlen der Fäden schwirren in der Tiefe, in der Höhe.

In Marias Gehirn rechte sich der Gedanke: achtgeben auf die Maschine, achtgeben auf die Maschine.

Es summte, lurrte die Maschine, der frühe Winterabend lauerete bereits mit seiner Dunkelheit vor den Fenstern, Maria blühte sich mit ihren erschlafenen Hüften, mit ihrem schmerzenden Rücken, mit ihren eisenschweren Händen, drehte sich links, schaffte im Takt der Maschine und diente demütig, aber ihr starrendes, trotziges Denken lehnte immer wieder zu den eigenen Gedanken zurück. An die Winterabende dachte sie, an warme Stuben, wo sich jetzt andere Mädchen verjammeln, plaudern, lachen, junge Arbeiter ihnen schon tun, am Ende des Saales steht ein Klavier, Musik wird gemacht, lächelnd, freundlich wird auch sie zum Tanz aufgefordert, die Luft ist duftig, die Paare drehen sich, der Walzer

## Der rührige Staatsanwalt

Aus Essen wird uns gemeldet, daß der Genosse Bernhard Schäfer, Betriebsratsmitglied der Firma Krupp, am Mittwoch plötzlich verhaftet wurde. Er soll in den Märztagen eine „aufreizende Rede“ gehalten und zu dem „Verbrechen des Nordes“ aufgefordert haben.

Die deutsche Staatsanwaltschaft wandelt auf glücklichen Bahnen. Sie hat es bisher nicht vermocht, die Mörder der „Vorwärts“-Parlamentäre dingfest zu machen, sie hat die Schlichter der Spandauer Arbeiterführer nicht ergriffen, sie läßt den Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts freien Lauf, die Abscheulichkeiten während der Berliner Märzströme läßt sie nicht in ihrer Ruhe, der Mord an Jostiches und Lorenz läßt sie kalt, desgleichen das Verbrechen an dem Genossen Jutran, an Hans Baasche, den acht Breslauer Arbeitern, den während des Rapp-Putschs Abgeschlochten und Gemeuchelten in Thüringen, in Sachsen, in Mecklenburg und anderswo. Alles das bringt die Staatsanwaltschaft nicht in Bewegung. Sie schweigt auch zu den hundertfachen Mordtaten, die die Soldateska in den Märztagen im Ruhrgebiet verübte, obwohl für jeden einzelnen Fall sich die Beweise zu Bergen häufen, daß es sich nicht um „standrechtliche“ Erschießungen, sondern um kühl überlegte, von Offizieren inspierte Verbrechen handelte.

Aber die Nachricht irgendeines Spitzels, daß ein Arbeiter eine „aufreizende Rede“ gehalten und zur Verübung von Verbrechen aufgefordert haben soll, macht die Staatsanwaltschaft lebendig. Da wird nicht erst lange gefaselt. Plugs ist ein Haftbefehl fertig. Warum Herr Staatsanwalt, arbeiten Sie nicht mit der gleichen Pünktlichkeit, wenn es gilt, Mörder in Offiziersuniform dingfest zu machen?

## Endlich erreicht

Mit dem heutigen Tage soll es endlich gelungen sein, den Bestand der Reichswehr endgültig auf 100 000 Mann herabzusetzen. Die Entlassung der überzähligen Mannschaften und Offiziere soll sich ohne Schwierigkeiten vollziehen haben, ja, es soll nicht einmal gelungen sein, die Zahl 100 000 voll zu machen. Vielmehr wird behauptet, daß noch etwa 10 000 Feststellen vorhanden seien, so daß demnächst also wieder die Werbungen einsetzen werden.

Mit der endgültigen Festsetzung der Reichswehrstärke ist ein Kapitel erledigt, das den Steuerzahlern sehr teuer zu stehen kam, und das auch weiterhin noch untrüglige Kosten verschlingen wird. Pätz und Noske wirtschafteten wie zwei Bankrotteure. Obwohl sie wußten, daß die Entente von der Zahl 100 000 nicht abweichen würde, legten sie den Werbemännern keinerlei Schranken auf. Es war ihre Absicht, ein möglichst starkes Heer zu bekommen, um dann mit dem Hinweis darauf, daß die vielen überzähligen Soldaten nicht brotlos gemacht werden könnten, der Abrüstung zu entgehen. Dieses freventliche Spiel entzog dem ausgepumpten deutschen Staatskassett mehrere Milliarden Mark und der Reichstag ließ diese Lohndröselwirtschaft unüberprüfbar über sich ergehen.

Als dann Seel und Geßler aus Ruder kamen, wurde die verderbliche Politik fortgesetzt. Auf der Konferenz in Spaa versuchte Herr Geßler mit einem dicken Aktienbündel, das von Anfang bis Ende mit erfundenen Spionagenachrichten angefüllt war, auf die Entente Eindruck zu machen und ein stärkeres Heer zu erbitten. Der Versuch scheiterte, es blieb bei dem Friedensvertrag vorgezeichneten Stärke der deutschen Wehrmacht, und so hatte Deutschland nicht nur unnützerweise viele Milliarden für unproduktive Zwecke verschleudert, sondern es hatte sich auch der Entente gegenüber eine Blamage nach der anderen geholt.

Die Herabsetzung der Wehrmacht auf 100 000 Mann befriedigt uns noch nicht. Von den ungeheuren Kosten, die sie verschlingt, ganz abgesehen, kann heute mit Sicherheit behauptet werden, daß diese Wehrmacht zum Schutze der Republik einfach nicht zu gebrauchen ist. Es ist ein groß aufgezogener Apparat, der dazu dienen soll, die alte kaiserliche Herrlichkeit zurück zu geben. Die Republik ist in der Wehrmacht nicht mehr vorhanden. Die hat Seel nach dem Rapp-Putsch alle mit einander ganz systematisch hinausgedrängt. Was soll ein von monarchischen Offizieren geführtes Heer in einer Republik? Es ist eine überflüssige und schädliche Einrichtung. Wir brauchen, wie die Dinge heute

liegen, überhaupt keine Wehrmacht, sondern eine gut organisierte zuverlässige Polizeitruppe, die nicht unter dem Befehl von Generalen steht, sondern der Zivilgewalt zu gehören hat.

Der Reichswehrminister Geßler schreibt in der Rappistenpresse wehmütige Abschiedsartikel. Er behauptet, daß durch die Entlassung der vielen Offiziere sich wahrhaft „rührende Tragödien“ abspielten hätten — die größten der Nachkriegszeit! An die Tragödien, in die Offiziere während des Krieges die Mannschaften und das gesamte Volk stürzten, denkt Herr Geßler nicht. Auch nicht daran, daß heute Millionen Arbeiter infolge des Krieges ohne Beschäftigung und Brot sind. Und diese Männer haben im Gegensatz zu den kaiserlichen Offizieren keinen Anspruch auf lebenslängliche Pensionen, die „Tragödie“ der Offiziere würden sie recht gerne ertragen.

## Preußische Provinzautonomie

Ueber den Inhalt des Autonomiegesetzes für die preußischen Provinzen werden in der Presse Mitteilungen gemacht, aus denen der Aufgabenkreis ersichtlich ist, der in Zukunft den Provinzen überwiesen werden soll.

Zu dem bisher bestehenden Selbstverwaltungsrecht der Provinzen sind durch die deutsche Reichsverfassung und die preußische Verfassung zahlreiche Provinzialrechte getreten, wie die Mindervertretung im Reichsrat, die ausschließliche Bezeichnung des Staatsrates und Mitbestimmung bei der Befehlung der Verwaltungsposten in der Provinz. Der Entwurf räumt nun den Provinzen neue Rechte auf dem Gebiete der provinziellen Gesetzgebung und der Verwaltung ein. So werden die Provinzial-Landtage in Zukunft berechtigt sein, auf den ihnen durch das Autonomiegesetz übertragenen Gebieten verbindende Rechtsnormen zu geben. Außerdem werden ihnen im Gesetz besonders genannte Angelegenheiten, die sich zu einer provinziellen Pflege besonders eignen, übertragen. Dazu gehören das Wegerecht, das Forst- und Polizeirecht, das Recht der land- und forstwirtschaftlichen Interessengemeinschaften, das Erbrecht bäuerlicher Grundstücke, das Recht des Feuerwehrens, der Jugendfürsorge und der Denkmals- und Heimatspflege.

Neben den Selbstverwaltungsangelegenheiten, die die Provinzen im Rahmen des Gesetzes nach eigener Entscheidung verwalten werden ihnen als Auftrags-Angelegenheiten wichtige staatliche Aufgaben übertragen, deren Ausführung bisher den staatlichen Verwaltungsbehörden oblag. In diesen Angelegenheiten werden die provinziellen Organe den obersten Landeszentralbehörden unterstehen. Hierzu gehören nach § 6 des Gesetzes das Kleinbahnwesen, das Wasserwesen, besonders das Meliorationswesen, die Baupolizei und das Fluchtlintenwesen, die Wohnungsfürsorge, das landwirtschaftliche Unterrichts- und Gewerbeamt, das Gebiet der Arbeitsnachweise, der Berufsberatung und das Schwelien.

Der Entwurf sieht weiter die Einführung von Beziräten zunächst bei den Provinzial-Schulkollegien und den Regierungsabteilungen für Kirchen- und Schulwesen vor, die von den Provinzial-Landtagen bestellt werden und deren Aufgabe es ist, bei Verwaltungsmassnahmen von besonderer Bedeutung beratend mitzuwirken. Durch Provinzialgesetz können weiter Beziräte auch für die Ober- und Regierungspräsidenten zur Mitberatung auf einzelnen Verwaltungsgebieten geschaffen werden.

Zu den Kosten, die durch die Übertragung der neuen Zuständigkeiten den Provinzen erwachsen, wird der Staat außer den durch die Neuordnung ersparten Beträgen den Provinzen einen Zuschlag von 50 v. H. dieser Beträge überweisen. Der Entwurf wird erst von dem neu zu wählenden Landtag erledigt werden können und seine endgültige Fassung dürfte wesentlich von dem Ausfall der Wahlen am 20. Februar abhängen. Zentrum, Deutschnationale und Volkspartei werden alles daran setzen, um eine weitgehende Selbständigkeit der Provinzen zustande zu bringen, die ihnen in den von ihnen beherrschten Provinzen, wie in Ostpreußen und in Rheinland-Westfalen die unumschränkte Herrschaft liefert. Deshalb wird man dem Entwurf mit großen Bedenken entgegenzutreten müssen.

Die neue Hamburgische Verfassung. Die neue Hamburgische Verfassung wurde in zweiter Lesung endgültig mit 35 gegen 40 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Rechtskonservativen, dagegen die Deutschnationalen, Volksparteier, Wirtschaftsparteier und Kommunisten.

Die Maschine blühte auf, aus ihrem dunkeln Leib schob ein breiter Lichtkeil hervor, streckte sich in die Länge und trat wie ein schweres Geißelheiß Marios verschredten armseligen Leib.

Maria griff verzweifelt nach den Kurkeln und bediente schwer keuchend die Maschine weiter.

Einzigberechtigte Übertragung aus dem Ungarischen von Stefan S. Klein

## Silvester

Den Kreislauf des Jahres beschließt der Tag, der dem Andenken des Papstes Silvester „geweiht“ ist, der im 4. Jahrhundert gelebt hat. Obgleich sein Todestag auf den 31. Dezember fällt, und er deshalb auch von der Kirche zum Schlüsseltragenden Pförtner des Jahres erwählt wurde, besteht zwischen den zahlreichen Silvestern und dem Manne, dessen Namen sie tragen, doch kaum der leiseste Zusammenhang.

Schon in heidnischer Frühzeit waren die Tage nach der Winterjohannis-Schicksalsfrage, an denen der Mensch nur durch alle möglichen Abwehrkräfte Herr der ihn auf Schritt und Tritt bedrohenden Dämonen und Kobolde wurde, an denen er aber auch, wenn er es verstand, in die Zukunft sehen konnte. Sie konnten somit Glück wie Unglück bringen, und diese uralte volkstümliche Anschauung beziehen wir vielfach auch heute noch auf die Silvesterfeier. Denn was diese Nacht verspricht, das muß das neue Jahr bringen. Mit der Zukunftsdeutung in der Silvesternacht beschäftigen sich denn auch in der Tat ungezählte Bräute.

Aus Büchern laßt man wahnsinnige Sätze herauszuziehen, indem man den Daumen, ohne dabei hinzusehen, auf irgend eine Stelle drückt, die dann das Orakel darstellt, eine Sitte, die früher als „Dämonen“ bezeichnet und sogar zeitweise verboten war. Ueber Leben und Sterben kann man etwas erfahren, wenn man sich um Mitternacht an einen Aequator stellt, worauf man am Himmel alle künftigen Ereignisse sich abspielen sieht. Vielesglück und Hochzeit währigen das Bleigießen, das Schuß- und Pfeilschalenwerfen oder das Lichtschwimmen, wogegen das Saatengießen des Landmannes durch den Mitternachtswind bestimmt wird, dessen Richtung aus Osten und Süden reiche Getreideernte, aus Norden jedoch Missernte künden soll.

Ein bekanntes Sprichwort, das von der „Rag im Sad“, hat ebenfalls in einem Silvesterbrauch seinen Ursprung. Ein alter Brauch besteht nämlich darin, daß man, um einen Heftaler zu gewinnen, eine starke Rache in einen Sad stecken und damit in der Silvesternacht an die Kirchentür treten soll, worauf der Teufel heraustritt und für den „Saden“, den man ihm anbieten muß, einen Taler zahlt.

# Der Parteitag in Tours

## Die Spaltung vollzogen

Die Debatten des Parteitages am Dienstag stellten, wie unser Sonderkorrespondent uns meldet, den Höhepunkt der Tagung dar. Noch einmal wurden in bedeutenden Reden die tiefen inneren Gegensätze innerhalb der französischen sozialistischen Bewegung ausgetragen. Außer Clara Zetkin sprachen Trossard und Longuet. Clara Zetkin verlangte den bedingungslosen Anschluß, Trossard aber ignorierte die Bedingungen, sprach heftig gegen den Ausschluß einzelner Parteigenossen und richtete Worte der Anerkennung an Sembat, Straß, Guesde, Renaudel. Er versprach, sie ferner als Sozialisten anzuerkennen und beschwor Longuet, er möge die Partei nicht verlassen. Longuet sprach gegen den Anschluß an Moskau und zeichnete in großen Zügen die Westfrage und die Schwächung des Proletariats durch die kommunistische Bewegung, Kläuschender Beifall wurde dem Redner zuteil.

Während so an diesem Tage noch versöhnliche Töne laut wurden, wie die knappe Skizze der Rede Trossards zeigt, vollzog sich am Nachmittag des nächsten Tages bei der Abstimmung die Trennung der einzelnen Gruppen.

Eine vom 20. Dezember datierte Pariser Meldung besagt darüber folgendes:

„Die von den Anhängern Longuets verlangte Desavouierung der Depeche Sinawjews wurde von der neuen Mehrheit abgelehnt. Daraufhin vertieften die Widerserchen nach einer Erklärung des alten Parteimitglieds Pressmane, die starken Eindeutigkeit, den Saal. Heute vormittag hielten die drei neuen Parteien in verschiedenen Sälen der Stadt ihre Sitzungen ab. Man prüfte die neue Lage.“

Die Kommunisten der Gruppe Trossard haben ein Manifest an die französischen Arbeiter beschlossen und durch Namensaufruf festgestellt, daß nur acht Deputierte der sozialistischen Parteien sich ihrer Gruppe angeschlossen haben.

Inzwischen hatten die rechtsstehenden Sozialisten und die Anhänger von Longuet in anderen Sälen ihre getrennten Sitzungen abgehalten. Im Laufe des gestrigen Nachmittags jedoch sind zwischen den beiden Fraktionen Verhandlungen eingeleitet worden, um einen gemeinsamen Kongress abzuhalten.

Danach dürfte die Abspaltung der Kommunisten von der sozialistischen Partei Frankreichs vollzogen sein, und es bleibt nur noch die Frage übrig, ob in Frankreich in Zukunft drei sozialistische Parteien oder nur zwei bestehen sollen. Geht es, in den oben erwähnten Verhandlungen zwischen den rechtsstehenden Sozialisten, den Anhängern Renaudels, und den Anhängern Longuets, eine Verständigung herbeizuführen, so wird damit wenigstens die Zersplitterung der französischen sozialistischen Bewegung in drei einander bekämpfende Gruppen abgewendet.

So ist wiederum eine mächtige Sektion der proletarischen Internationale zerfallen. Die französische Arbeiterbewegung, die in einem harten Kampfe gegen die Haupt der europäischen Reaktion steht, ist geschwächt. Die Moskauer Spaltungsprophezen häufen den traurigen Ruhm, der seit der Zerreißung der deutschen revolutionären sozialistischen Bewegung Deutschlands bereits auf ihrem Gewissen lastet, höher und höher. Sie entziehen damit der russischen Sowjetrepublik mehr und mehr den Boden, auf dem allein sie zu stehen vermögen: den Boden der Solidarität und der geeinigten Kraft des revolutionären Proletariats in Westeuropas. Ausgehend von Moskau vollzieht sich an der europäischen sozialistischen Bewegung ein furchtbares Schicksal, das wie Tours und verlorene Schlachten der Weltrevolution.

Paris, 31. Dezember.

In der gestrigen Kammeritzung wurde über die Handhabung der Fremdenpolizei im Anschluß an die Grenzüberbreitung von Clara Zetkin gesprochen. Abgeordneter Gerard sprach von 150.000 Grenzüberbreitungen; darunter befände sich sogar ein Verwandter von Lenin. Der Minister des Innern erklärte seinen Willen zur Wachsamkeit, wobei er die Bedenken äußerte, daß das Auftreten Clara Zetkins auf dem Parteitage in Tours gezeigt habe, daß der Weg des Bolschewismus über Berlin führe. Im letzten Jahre allein habe man in Frankreich 12.000 Fremde an die Grenze gebracht. Mit 451 gegen 54 Stimmen wurde schließlich dem Kabinett das Vertrauen ausgesprochen.

Für den denkenden Menschen ist freilich alles das armselige Nüchtern; denn das, was uns nützt, am Jahresende, sind nicht aberfläuhliche Wunschbrände, sondern ein Rückblick auf alles das, was wir hätten leisten können. Und in die Zukunft können wir auch nicht schauen, trotz Bleigießen und Kreuzweggehen. Nur eines können wir: der Zukunft Kraft und Vertrauen entgegensehen. Die Stunde aber, die uns das neue Jahr schenkt, kann man nicht schöner begrüßen als mit den Goetheschen Worten:

Zwischen dem Alten,  
Zwischen dem Neuen  
Hier uns zu freuen  
Schenkt uns das Glück.  
Und das Vergangene  
Reicht mit Vertrauen  
Vorwärts zu schauen,  
Schauen zurück.

„Ellaerichswant des Neuen Volkstheaters „Ami Steinweg 40“ ist eine verbotene Belanglosigkeit. Selbst das anspruchslose Kleinbürgertum im Parteiloch im 3. Akt nur noch über die unmensliche Wüchsigkeit des Stückes. Der vierte und letzte Akt hat die Stimmung, da er mit einer Doppeloerlebung endete und etwas Licht in die Handlung brachte. Ein Lebemannstrotzel hätte in den vordringenden Akten seine Geliebte entlassen, um seiner Geldgier wegen die Tochter eines reichen Bankiers heiraten zu können. Zuletzt stellte sich aber heraus, daß sie selbst die Bankiers-tochter war. Aus dieser Handlung hätte ein einziger nicht ganz gottverlassener Schwandbichter etwas herauszuholen können. Das Publikum freut sich über nichts so, wie wenn es mehr weiß als einer auf der Bühne. In diesem Stück haben sogar zwei gearbeitet (Oskar Engel und Ernst Kasowski), aber mit einer so polsterwürdigen Talentlosigkeit, daß sie das Publikum nicht schon im voraus wissen ließen, daß der Lebemannstrotzel seine Geliebte als seine Frau wieder bekommen würde. Da die Aufführung noch schlechter ist als das Stück, können wir von dem Besuch nur abraten. Unsere Arbeiter brauchen sich solchen Wüchsigkeit aus der Welt Grunewalder Billenscher nicht für ihr teures Geld anzusehen.“

Zum Jahreswechsel. Das Jahr ist wieder herum. Es hat Deutschland eine Revolution gebracht; ob mehr, soll sich erst zeigen. Wie Erdbeher unserer Nation haben wieder in voller Blüte. Nicht wundern, daß in dem Körper eines Deutschen Einigkeit herrscht, daß sich nicht das Herz gegen den Kopf, der Arm gegen das Bein empört.

Friedrich Sebbel

Das Auftreten von Clara Zetkin in Tours hat die regierenden Kreise in Frankreich in eine gewaltige Aufregung versetzt. Der Minister des Innern hat einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den Personen, die die französische Grenze ohne Paß überschreiten, mit einer Gefängnisstrafe von drei bis sechs Monaten belegt werden.

## Die Vorschuhwirtschaft

Wie die Vorschuhwirtschaft bei der Beamenschaft wirkt, läßt eine Zuschrift aus Wehrkreisen erkennen, der wir folgendes entnehmen:

Verschiedene Bezirke Groß-Berlins sollen erst noch nach Ortssklasse A kommen. Es sind in den vergangenen 2 1/2 Jahren auch Bezirke unter Zugrundelegung der Ortssklasse A gezahlt worden. Wenn das verfehlt war — für Groß-Berlin soll ja doch bald Ortssklasse A gelten — so ist es Schuld der Auszahlungsstelle. Jetzt aber haben irgendwo Herren, die für ihr eigenes Gehalt wohl längst gefordert haben, Angst um die zu früh gezahlten Summen bekommen. Und so ist die Weihnachtsbestimmung herausgelommen: Diese Summen werden jetzt wieder abgezogen.

Aber — nun kommt der Stand! — nicht etwa ratenweise, sondern, weil es Weihnachten ist und die Bezier so wie so hungern, auf einmal! Und nicht etwa von dem höheren Gehalt der neuen Besoldungsordnung. Nein, von dem bisherigen alten! Denn dies alte Gehalt wird auch diesmal wieder noch ausgezahlt, trotz Reichstagsbeschlusses!

Warum, weil man bis heute in Monaten noch nicht mit der Berechnung der Unterschiedsbeträge zwischen altem und neuem Gehalt fertig geworden ist. Aber die zuviel gezahlten Vorschüsse ausrechnen, damit ist man in 3 Tagen fertig geworden! Und man kommt sich nicht, den ungeschuldeten Opfern des eigenen Verlebens einen Fuhrtritt zu versetzen.

Ober ist die Weihnachtsfreude, die auch die sozialistischen Parteien im Reichstage beschlossen haben, nicht durch die Vermittler zu einem Fuhrtritt geworden, wenn einer Lehrerin im 6. Dienstjahr statt ihres neuen Gehaltes von 2360, oder wenigstens statt des bisherigen Gehaltes von 1803 M., sage und schreie 1175 M. als Weihnachtsgabe gezahlt werden für das nächste Dienstjahr, und einer Lehrerin mit 11 Jahren Dienstzeit 1000 M.?

„Die Beamten dürfen nicht streiken!“ Das ist dieselbe Kainheit, als wenn ein Räuber sein schon halb ertrunkenes Opfer väterlich mahnt: Du darfst nicht streiken!

Eure Kinder, Arbeiter, sind es, die mit Fröhlichkeit ertragen und ununterbrochen leisten! Sollt ihr das, macht euch zum Anwalt der grenzenlosen Verbitterung und Verzweiflung, die in den Reihen der Lehrerschaft über diesen Fuhrtritt herrscht und sorgt dafür, daß der Beschluß, den auch eure Vertreter im Reichstage gefaßt haben, nicht zum blutigen Hoyn von untergeordneten Organen, die nicht Hunger leiden, gemacht wird.

Den Satten aber, die das ausgeht, denen sollten am Weihnachtsabend die Ohren gelten von der Erbitterung, die sie gefaßt! Und ihr Christbaum sollte zu ihrem Schandpfahl werden.

## Die Invalidenbeiträge

### Winter Schlaf im Arbeitsministerium

Der Reichsarbeitsminister fühlt sich nun gedrungen, der Öffentlichkeit Mitteilungen über die Beihilfe für Invalidenrentner und über die damit verbundene Verdoppelung der Beiträge zu machen. Er schreibt:

Der Reichstag hat am 18. Dezember d. J. ein Gesetz über eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung beschlossen. Die Beihilfe soll vom 1. Januar ab neben der Rente und neben der bisherigen Zulage gewährt werden. Sie beträgt für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- und Witwerrente monatlich 40 M., für Empfänger einer Waisenrente monatlich 20 M., so daß künftig neben einer Invaliden- oder Altersrente insgesamt 70 M. monatlich, neben einer Witwen- oder Witwerrente insgesamt 55 M. monatlich, neben einer Waisenrente insgesamt 30 M. monatlich gezahlt werden.

Zur Deckung der Aufwendungen für die Beihilfe sollen die Beiträge zur Invalidenversicherung mit dem doppelten Geldwert berechnet, daher auch die Versicherungsmarken für den doppelten Nominalwert verkauft werden. Um dem „Hamstern“ von Marken und dem Handel mit Marken vorzubeugen, ist der Verkauf von Marken zum alten Preise geliezt und vom 20. Dezember ab der Verkauf zum doppelten Preise angeordnet worden. Die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Mittel für die Beihilfen belaufen sich auf etwa 850 Millionen Mark jährlich.

Der Reichstag hat gleichzeitig in mehreren Entschlüssen die Reichsregierung ersucht, auf eine entsprechende Kostensparmaßnahme für die Knappschaftsrentenempfänger hinzuwirken und dem Reichstage Gelegenheit vorzulegen, die eine

**Postreklame und Heimatschutz.** Der Reichspostminister hat dem Deutschen Bund Heimatschutz auf seine Eingabe in Sachen der Postreklame geantwortet, die Reichspostverwaltung sei, da Reichsneuen Reklamebetrieb unter Ausschluß des Anternehmens in eigener Verwaltung führe, in der Lage, einschneidenden Einfluß auf seine Gestaltung auszuüben und Geschmackslosigkeit oder Verunstaltungen zu verhindern. Auf das Stadt- und Landratsamt soll in weitem Maße Rücksicht genommen werden. Es sei auch beabsichtigt, in geeigneten Fällen Künstler und Architekten zur Beauftragung heranzuziehen, ebenso den Bund Heimatschutz. — Daraus ist bei der Bund in einer neuen Eingabe die Reichspostverwaltung ersucht, es nicht bei der gelegentlichen und unvollständigen autokratischen Anhörung von Künstlern und Heimatschützern bewenden zu lassen, sondern für die Reichspostzentrale einen verantwortlichen Beirat vorzuschicken, der mögliche Richtlinien für das Vorgehen in den Provinzen und Ländern bearbeitet, und überall nach dem Vorbild des von der Dresdener Oberpostdirektion eingesetzten Reklamebeirats händige Beiträge und Beratungsstellen einzurichten, die jeden Reklameantrag auf gute Form und Anbringungsmöglichkeit prüfen und geeignete Künstler nachweisen.

**Die Kunst der Weiskranken.** Eine einzigartige Sammlung hat jetzt die psychiatrische Klinik der Universität Heidelberg geschaffen. Sie hat 3500 Zeichnungen sowie einige Holzplastiken von insgesamt 330 Weiskranken aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien zu einem Kabinett geisteskranker Graphik vereint. Man hofft, durch Prüfung und Vergleichen der einzelnen Stücke Aufschlüsse über die Psychologie des Zeichnens, die Kunst der frühen Wässer und der Kinder zu gewinnen.

### Tages-Notizen

Die Reichspostverwaltung hat am 1. Jan. 7 Uhr, 1. h. Bornschilde ein Kabinett in dem Jahre von 1920 und 1921. Die Reichspostverwaltung hat am 1. Jan. 7 Uhr, 1. h. Bornschilde ein Kabinett in dem Jahre von 1920 und 1921. Die Reichspostverwaltung hat am 1. Jan. 7 Uhr, 1. h. Bornschilde ein Kabinett in dem Jahre von 1920 und 1921.

Die Reichspostverwaltung hat am 1. Jan. 7 Uhr, 1. h. Bornschilde ein Kabinett in dem Jahre von 1920 und 1921. Die Reichspostverwaltung hat am 1. Jan. 7 Uhr, 1. h. Bornschilde ein Kabinett in dem Jahre von 1920 und 1921.

Die Reichspostverwaltung hat am 1. Jan. 7 Uhr, 1. h. Bornschilde ein Kabinett in dem Jahre von 1920 und 1921. Die Reichspostverwaltung hat am 1. Jan. 7 Uhr, 1. h. Bornschilde ein Kabinett in dem Jahre von 1920 und 1921.

Die Reichspostverwaltung hat am 1. Jan. 7 Uhr, 1. h. Bornschilde ein Kabinett in dem Jahre von 1920 und 1921. Die Reichspostverwaltung hat am 1. Jan. 7 Uhr, 1. h. Bornschilde ein Kabinett in dem Jahre von 1920 und 1921.

gleiche Regelung für die Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung bringen und die zur Linderung der Not unter den Kleinrentnern beitragen sollen.

Eine ähnliche Entschlüssen hat der Reichstag am 21. Dezember 1920 gefaßt, in der er das vom Reichstag erlassene Gesetz ohne Einspruch zur Kenntnis genommen hat; er hat keinerlei Beschlüsse, an die Reichsregierung heranzutreten, daß sie Mittel und Wege suche, um denjenigen Sozialrentnern, die keine Renten aus der Invalidenversicherung beziehen, eine entsprechende Beihilfe zu gewähren.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung steht der den eingehenden Körperkassen vorliegende Entwurf einer „Berechnung über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung“ eine Verbesserung der Berechnung durch eine ihnen günstigere Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes vor. Die Neue Regelung soll auf alle Unfälle Anwendung finden, die sich nach dem 31. Dezember 1918 ereignet haben oder ereignen werden. Geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der älteren Unfallrenten werden von der Reichsregierung bei der Ausführung der vom Reichstag und dem Reichsrat getroffenen Entschlüssen ermogent werden.

Somit war die Einziehung der Beiträge, bzw. der Verkauf der Marken zum doppelten Geldwert vom 20. Dezember ab in Aussicht genommen. Der Herr Reichsarbeitsminister mag sich aber angewöhnen, in solchen Fällen den interessierten Kreisen vorher Mitteilung zu machen. Wenn schon Gesetze, die für die Arbeiterschaft von so großer Wichtigkeit sind, meuchlings beschlossen werden, so ist die rechtzeitige Veröffentlichung das mindeste, was zu geschehen hat. Vielleicht überleben die für diese Angelegenheiten zuständigen Herren nicht ganz, daß es sich hier wieder einmal um einen nicht unbedeutenden Lohnabzug handelt, also um eine Sache, die doch die Arbeiterschaft wirklich etwas angeht. Und außerdem stehen ähnliche Maßnahmen für die anderen Sozialversicherungen bevor. Wir erwarten dann vom Reichstag etwas mehr Aufmerksamkeit.

## Eine kommunistische Niederlage

Wie aus Halle gemeldet wird, erlitten die Kommunisten eine überraschende Niederlage auf der Betriebsratskonferenz des Bitterfelder Reviers. Während bisher die tabulale Richtung ausschlaggebend war, wurde jetzt mit Mehrheit der Anschluß an die wirtschaftliche Massenorganisation abgelehnt und die Beibehaltung der Gewerkschaften beschlossen.

Wenn man berücksichtigt, daß das Bitterfelder Revier eine wahre Hochburg der Kommunisten und Neukommunisten ist, die von Halle aus ihre Direktiven empfängt, so ist dieses Ergebnis nicht hoch genug zu veranschlagen. Es zeigt, daß trotz der heftigsten und skrupellosten Agitation die Arbeiter in ihrer Mehrheit keine Lust haben, die Gewerkschaften zu schwächen oder sie zum Spielball der politischen Kämpfe werden zu lassen.

Aus demselben Eldorado des Kommunismus ist folgendes charakteristisches Stückchen zu berichten: In den Leuna-Works, die bekanntlich eine sehr radikale Arbeiterschaft haben, wird von einem großen Teil der Belegschaft weit über 8 Stunden täglich gearbeitet. Ein Teil von ihr hat allerdings die 48-Stunden-Woche. Ein anderer aber arbeitet immer noch 56 und auch 72 Stunden in der Woche. Schon seit langem wird von den wirklich klassenbewußten Arbeitern des Leuna-Works die allgemeine Einführung der 48-Stunden-Woche gefordert. Der tabulale neukommunistische Betriebsrat aber sabotiert diese Forderung. Er nimmt zu diplomatischen Wädhchen seine Zuflucht, indem er die Forderung der Arbeitslosen historisch, d. h. inhaltlich behandelt, dergestalt, daß inzwischen ein halbes Jahr vergangen ist, ohne daß er etwas Entscheidendes unternahm. Was die Herren Neukommunisten, angetan mit dem Sowjetstern unter Führung von Bernhard Koenen, Bruder von Wilhelm Koenen, hinderte, für die reine 48-Stunden-Woche einzutreten, ist die Sorge um den Wegfall des Mehrerdienstes. Ein von der Werkleitung ausgearbeiteter Entwurf, der die allgemeine 48-Stunden-Woche vorsch, erregte für wirliche Entrüstung bei den Betriebsratsmitgliedern.

Das sind nicht nur komische, sondern gefährliche Felder, die das Glend der Arbeiterschaft in den düstersten Farben malen und kein Bedenken tragen, an die niedrigsten Instanzen zu appellieren und dadurch die Arbeitslosen zu lähmen. Man muß sie an den Pranger stellen, damit der Arbeiterschaft endlich die Augen aufgehen, wie ein Teil ihrer Führer in Wahrheit ausschaut.

## Das Chaos der Orgesch-Politik

Die „Deutsche Zeitung“ bringt in ihrer Dienstag-Abendausgabe die Nachricht, daß der Regierungspräsident in Weignitz gegen einen Amtsvorscher ein Disziplinäruntersuchen mit Antrag auf Dienstentlassung eingeleitet hat, weil es merkwürdiges Mitglied der Orgesch ist. Das Blatt bemerkt dazu:

Die Reichsregierung hat in zwei Notizen an die Entente die Berechtigung der Selbstschutzorganisationen anerkannt. Hier aber darf ein Beamter einer solchen — die Verfassung stützenden — Organisation nicht angehören, ohne von der preussischen Behörde in üblicher Weise verfolgt zu werden. Wo bleibt die Folgerichtigkeit? Wann endlich wird die Reichsregierung gegen die Willkür preussischer roter Minister einschreiten. Reichsrecht geht vor Landesrecht!

Wenn die „Deutsche Zeitung“ behauptet, die Orgesch schäke die Verfassung, so ist das ein ganz älter demagogischer Trick. Die Orgesch besteht aus wackelhaften Monarchisten, die sich nicht zum Schutze, sondern zum Sturz der Republik vereinigt haben. Deshalb hat der Regierungspräsident von Weignitz auch ganz richtig gehandelt, wenn er den gefaltensmpfangenden Amtsvorscher, der eine bewaffnete Garde gegen die Republik aufstellt, außer Dienst legt. Die Reichsregierung hat mit ihren Notizen den Orgeschleuten allerdings einen guten Trumpf in die Hände gespielt. Wenn die preussische Regierung die Orgesch anders behandelt, so ist das aber ganz in der Ordnung, denn sie darf kein verbotenes Unternehmen unterstützen, selbst wenn es des Reichsregierung angeht.

Eine falsche Namensnennung. In der Nummer 579 unserer Blattes hatten wir in einem Artikel, der sich mit Ausführungen über die Chemnitzer Volkskammer beschäftigte, gesagt, daß der Dresdner Abgeordnete S. B. D. unter Führung von Sander mann bei der Regierungsbildung lieber mit der Stimmenspartei als mit der Unabhängigen Sozialdemokratie zusammengegangen wäre. Wie uns dazu aus Sachen mitgeteilt den harten Kampf Sandermann nicht zu. Er habe im Gegenteil den harten Kampf der Chemnitzer Richtung für eine rein sozialistische Regierung des Sachstums vom Krankenbett aus mit der größten Sympathie verfolgt. In den Verhandlungen selbst habe er kein einziges Mal seine Stimme erhoben, sondern sich mit großer Mühe zu der ersten Sitzung gehalten, um die mit einer Stimme Mehrheit erfolgte Wahl des sozialistischen Kabinetts möglich zu machen. Soweit Sandermann in Frage kommt, sind wir also einem Irrtum zum Opfer gefallen; der Vorwurf, den wir gegen die Dresdner Richtung erhoben hatten, bleibt aber unvertretbar bestehen.

Streikbewegung in Südbavarien. Die kommunistische Arbeiterschaft hat zum Zeichen der Uebereinstimmung mit den in Südbavarien ausstehenden Bergleuten einen 24stündigen Streik meinausstands verhängt.

